



Israel hat am Sonntag angekündigt, sämtliche Hilfslieferungen in den Gazastreifen einzustellen. Diese Maßnahme erfolgt nach dem Auslaufen der ersten Phase des Waffenstillstands mit der Hamas und einem gescheiterten Versuch, die Feuerpause zu verlängern. Die Entscheidung sorgt international für Besorgnis, da die humanitäre Lage in der Region weiterhin prekär ist.

### Ein fragiler Waffenstillstand

Die erste Phase des Waffenstillstands trat im Januar in Kraft und beinhaltete unter anderem die Freilassung von Geiseln und Gefangenen auf beiden Seiten sowie eine Intensivierung humanitärer Hilfsmaßnahmen. Die Vereinbarung wurde jedoch nur als vorübergehende Lösung betrachtet, um Raum für weitere Verhandlungen über eine dauerhafte Waffenruhe zu schaffen.

Geplant war, dass in einer zweiten Phase noch mehr Geiseln freigelassen werden, während Israel schrittweise seine militärischen Operationen im Gazastreifen reduzieren sollte. Doch die Gespräche zwischen Israel und der Hamas stockten zunehmend, sodass keine Einigung über eine Fortsetzung des Abkommens erzielt wurde.

### Der gescheiterte US-Vorschlag

Der US-Sondergesandte Steve Witkoff legte einen neuen Vorschlag auf den Tisch: Die Waffenruhe sollte bis zum 20. April – also bis zum Ende des Ramadan und des jüdischen Pessach-Festes – verlängert werden. Im Gegenzug sollte die Hamas die Hälfte der noch in Gefangenschaft befindlichen Geiseln sofort freilassen und die restlichen, sobald ein dauerhafter Waffenstillstand ausgehandelt worden wäre.

Während Israel diesem Plan zustimmte, lehnte ihn die Hamas ab. Die genauen Gründe für die Ablehnung sind unklar, allerdings bestehen erhebliche Differenzen in zentralen Fragen wie dem israelischen Rückzug aus strategisch wichtigen Gebieten, darunter der Philadelphi-Korridor an der Grenze zu Ägypten.

### Reaktionen und gegenseitige Vorwürfe

Die Hamas reagierte empört auf Israels Entscheidung, Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu blockieren, und warf der israelischen Regierung vor, die Bevölkerung als Druckmittel zu missbrauchen. Sie bezeichnete das Vorgehen als „Kriegsverbrechen“ und „Verstoß gegen die



Waffenstillstandsvereinbarung“.

Israel hingegen bleibt bei seiner harten Linie und fordert die bedingungslose Freilassung aller Geiseln, bevor weitere Verhandlungen geführt werden. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu betonte mehrfach, dass Israel keine Waffenruhe ohne klare Zusagen der Hamas akzeptieren werde.

### Stillstand in den Verhandlungen

Die Vermittlungsbemühungen durch Ägypten, Katar und die USA verliefen bislang ergebnislos. Eine israelische Delegation kehrte zuletzt ohne Fortschritte aus Kairo zurück. Einer der zentralen Streitpunkte bleibt die Kontrolle über den Philadelphi-Korridor, eine strategische Route, über die mutmaßlich Waffen in den Gazastreifen geschmuggelt werden.

Die Hamas fordert, dass Israel sich vollständig aus dem Gebiet zurückzieht, was von der israelischen Regierung entschieden abgelehnt wird. Dies führt zu einer Pattsituation, die eine Verlängerung der Feuerpause zunehmend unwahrscheinlich macht.

### Internationale Besorgnis wächst

Die Vereinten Nationen sowie zahlreiche humanitäre Organisationen äußern sich besorgt über die Verschlechterung der Lage im Gazastreifen. Bereits vor der Entscheidung, die Hilfslieferungen zu stoppen, war die humanitäre Situation kritisch. Lebensmittel, Medikamente und andere essenzielle Güter sind in der Enklave Mangelware.

Die Einstellung der Lieferungen könnte dazu führen, dass sich die Lebensbedingungen für die palästinensische Zivilbevölkerung weiter verschärfen. Internationale Akteure fordern Israel auf, die Blockade der Hilfslieferungen rückgängig zu machen und zur Deeskalation beizutragen.

Die kommenden Tage werden entscheidend sein. Sollte es keine Fortschritte bei den Verhandlungen geben, könnte eine erneute militärische Eskalation drohen. In dieser angespannten Situation bleibt unklar, ob es noch eine Chance für eine nachhaltige Lösung gibt oder ob sich die Gewalt weiter verschärfen wird.

**Von Andreas Brucker**